

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts
Berliner Volksblatt

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Freitag

6. Juni 1924

Verlag und Anzeigenabteilung

Verlag: Dönhoff-Verlag GmbH

Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3

Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stresemann über das Gutachten.
Breitscheid gegen deutschnationale Demagogie.

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich das Sachverständigengutachten als einen Fortschritt ansehe gegenüber dem, was bisher ist, und ich übernehme keine Verantwortung für das, was weitpolitisches aus uns wird, wenn wir das Gutachten ablehnen.

(Stresemann)

Eine der ganz großen Drehungen in der Konstellation der Weltmächte, die nötig sind für die Revision des Versailler Friedens, beginnt sich damit zu vollziehen.

(Hoehsch)

Die ersten Worte sprach heute morgen Stresemann in seiner großen außenpolitischen Rede im Reichstag in welcher Erregung als Antwort auf einen infamen Zwischenruf des Abg. Duag, die anderen schrieb Herr Hoehsch, der Deutschnationalen, in der 'Kreuzzeitung' über das Sachverständigengutachten zur Kennzeichnung der weltpolitischen Situation.

Das eine wie das andere ist die Grundlage der Außenpolitik, die die neue Regierung führt. Herr Stresemann hat mit seiner Rede von heute morgen die Führung dieser Politik mit einer Entschiedenheit an sich gerissen, die eine starke Demonstration der Kontinuität der bisherigen Außenpolitik bedeutet. Mit dieser Rede wurde nicht nur die Notwendigkeit dieser Politik gegenüber aller Opposition scharf begründet, sondern zugleich die Tragis der Annahme und der Durchführung der Gutachten eröffnet. Stresemann sprach über die Grenzen hinweg zur englischen Arbeiterregierung und zum Linksbündnis in Frankreich. Der Atmosphäre der Intransigenz, die die Politik der Rechten schaffen will, setzte er die Atmosphäre der gegenseitigen Anerkennung des guten Willens hin und drüben und der Anerkennung der Ehrlichkeit entgegen, die sich auf die Einsicht der Gemeinsamkeit zwingender wirtschaftlicher Interessen gründet.

Stresemann sprach in starker Erregung. Das Bewußtsein der Größe der geschichtlichen Entscheidung trug ihn und ließ ihn sich durchsetzen gegenüber den stürmischen Wogen der Unterbrechungen und der Zwischenrufe, die immer wieder von Deutschnationalen und Böttischen gegen ihn aufbrannten. Die harten Tatsachen der außenpolitischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands führte er ins Feld gegenüber den Illusionen, den Agitationsphrasen, den starken Worten von rechts und von ganz rechts. Mit aller Kraft kämpfte er gegen die um Graefe. Jeder Satz, mit dem er die Unmöglichkeit der Protopolitik der Böttischen kennzeichnete, rief stürmischen Widerspruch auf der Rechten hervor. Ein Widerspruch, der die Böttischen kennzeichnet.

Diese Fraktion, die frisch aus einem Wahlkampf ins Parlament gekommen ist, den sie mit unerhörter Demagogie geführt hat, offenbart in ihren Zwischenrufen eine geradezu groteske Unkenntnis der politischen Tatsachen. Aber lauter und erregter noch als ihr Widerspruch war der der Deutschnationalen. Denn indem Stresemann auf die Böttischen schlug, traf er hart und schmetternd die Deutschnationalen. Ihre Politik, ihre Perspektiven, ihre Agitationsphrasen sind es, die Stresemann den Böttischen vorhielt. Mit wachsender Innerer Erregung folgten darum die Hergt und Westarp der Rede Stresemanns, einer Erregung, die aus der Stimme Hergts in seinen Zwischenrufen stark zitterte.

Die wahre Bedeutung des Sachverständigengutachtens wurde durch die Rede Stresemanns gegenüber der Rechten festgestellt. Was wird aus der deutschen Wirtschaft, was wird aus der deutschen Währung, wenn nicht durch die Annahme der Gutachten die Befreiung von den Ricam-Verträgen erfolgt? Was wird aus den besetzten Gebieten, was aus der weltpolitischen Stellung Deutschlands, wenn entgegen der Drehung der Konstellation in der Welt in Deutschland selbst eine Außenpolitik betrieben wird, die so intransigent nach außen ist, wie die böttische Politik im Innern? Was wird aus Deutschland, wenn es mehr scheinen will, als es ist, wenn es eine Stärke vortäuscht, die es nicht hat und dieser Täuschung seine Lebensinteressen opfert?

Diese starken Argumente trafen die Rechte. In leidenschaftlicher Erregung wandte sie sich gegen den Außenminister: Stresemann, dessen Kopf sie gefordert hatte, hat der Rechten eine parlamentarische Schlacht geliefert, aus der sie moralisch geschlagen und sicher mit verwirrten Reihen hervorgeht. Die Rechte muß die Entscheidung fällen, die Stresemann in aller Klarheit so formuliert: Es kommt darauf an, ob man eine der ganz großen Drehungen der Weltgeschichte mitmachen will oder nicht!

Nach der sachlichen Begründung der einzig möglichen Außenpolitik die deutschnationale Agitationsphrase. Herr Schlange trat an das Rednerpult, und es erregte sich einer jener parlamentarischen Zwischenfälle, die beutlicher reden als lange Parlamentarismen. Der erste wohlgerundete Satz des Herrn Schlange war ungewollt eine so treffende und beißende Selbstcharakteristik der deutschnationalen Haltung, daß minutenlang stürmische

Heiterkeit ihn am Weiterreden hinderte. Es war wie eine Selbsthinrichtung der deutschnationalen innerlich verlogenen Politik.

Dann erhielt Genosse Breitscheid das Wort zu einer groß angelegten Rede über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Gutachten und zu der Regierung.

Präsident Wallat eröffnet die Sitzung des Reichstages um 10 Uhr 20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Schölem (Komm.), einen Antrag noch auf die Tagesordnung zu setzen, der Einspruch erhebt gegen das Verbot des sogenannten 'Roten Tages' in Leipzig.

Da Abg. Rahl (D. Vp.) Widerspruch erhebt, kann der Antrag in dieser Sitzung nicht behandelt werden. (Wärm d. Komm.)

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der

Beipredung der Regierungserklärung.

Verbunden damit ist die Billigungsformel der Mittelparteien, das Mißtrauensvotum der Kommunisten und der Vertrauensantrag der Nationalsozialisten.

Die Deutschnationalen haben ihren bisherigen Mißtrauensantrag zurückgezogen und einen neuen eingebracht, der nach dem Muster des Antrages der Mittelparteien, nur mit umgekehrter Tendenz lautet:

Unter Uebergang zur Tagesordnung über alle übrigen Anträge verliert der Reichstag der Regierung das Vertrauen, dessen sie nach Art 54 der Reichsverfassung bedarf.

Das Wort erhält dann folgende

Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Er stellt fest, daß die Ausführungen, die der Reichstanzler gestern über die Stellung der Regierung zur Kriegsschuldfrage gemacht habe, von lebhaften Unterbrechungen der Rechten begleitet gewesen waren. Der Redner weist die Kritik des Grafen Westarp an der Regierung wegen ihrer angeblichen Unwürdigkeit gegenüber dem Ausland zurück. Hätte Graf Westarp die ausländische Presse verfolgt, so hätte er wahrscheinlich seine Behauptung nicht aufgestellt. Poincaré hat mehrfach offizielle Vorstellungen beim deutschen Botschafter in Paris erhoben über die Reden des deutschen Reichstanzlers und Außenministers im Reichstage.

Die Reichsregierung ist durchaus bereit, die

amliche Ausföhrung der Kriegsschuldfrage

in die Hand zu nehmen, sobald sämtliche Dokumente der Deffentlichkeit übergeben sind. (Zuruf rechts: Warum denn erst dann?) Es kommt nicht darauf an, ob wir überzeugt sind, sondern es kommt darauf an, die Welt zu überzeugen. Einmal handelt es sich um die Zurückweisung der Behauptung, daß Deutschland der Urheber der Angreifer dieser Weltkriege gewesen ist, und zweitens um die Aufforderung an die fremden Mächte, ihre Archive zur Klärung dieser Frage zu öffnen. Können Sie (nach rechts) mir einen anderen Weg zeigen, der schneller um Ziele führt? Der Minister weist den Vorwurf zurück, daß die Regierung in ihrer Erklärung die innerpolitischen Probleme gar nicht berührt habe. Wir haben vor allem ein Interesse an der Beschleunigung der außenpolitischen Entscheidung. Am 15. Juni laufen die Ricamverträge ab. Ich wünschte, daß die Herren, die uns Beschleunigung zum Vorschlag machen, sich mit den rheinisch-westfälischen Industriellen zusammensetzen, die gesagt haben, daß eine Verlängerung nur vorgenommen werden könne in der Erwartung, daß die deutsche Regierung das Gutachten annimmt. Wer soll auch die Verantwortung übernehmen für das Chaos und die Anarchie, die im Rheinlande eintreten würde! In zehn Tagen stehen wir erneut vor der Frage, was werden soll. Die Reichsregierung ist selbstverständlich nicht in der Lage, aus ihren Mitteln etwas für die Verlängerung dieser Verträge zu tun. Wenn eine Verlängerung erfolgt, dann ist sie jedenfalls nur für eine sehr kurze Zeit möglich. (Sehr richtig!)

Wenn Sie eine Regierung vor sich finden, die etwa im Herbst vor der Entscheidung steht, dann wäre die Frage berechtigt: Was hat Ihr getan hinsichtlich der Aufwertung und der Beamtensbesoldung. Wenn wir am 24. Juni wieder zusammentreten, dann wäre es töricht, in der Zwischenzeit die ganze Kraft nicht auf die eine Frage zu konzentrieren, auf die es ankommt. Es kann ja doch in der inneren Politik kein Programm aufgestellt werden, wenn wir in den außenpolitischen Dingen nicht Klarheit haben. Herr v. Graefe hat gesagt, die Politik habe von Katastrophe zu Katastrophe geführt und hat die außenpolitische Situation vom 11. August vorigen Jahres mit der gegenwärtigen verglichen. Wir ist nicht bekannt, daß die englische Regierung die Erklärung, die sie vor einem Jahre abgegeben hat, irgendwie zurückgenommen hätte. Sie besteht noch heute. Noch heute stehen wir auf ihr. Es wäre mir erwünscht, in einem kleineren Kreise von Vertretern der Parteien darzulegen, was sich bei der Aufgabe des passiven Widerstandes abgespielt hat und in diesem Kreise nähere Erklärungen abzugeben.

Glauben Sie, Herr v. Graefe, daß ich ein derartiger Dilettant wäre, daß ich nach diesen Erklärungen der englischen Regierung versucht hätte, sie zu benutzen, um eine andere Erledigung als bedingungslose Aufgabe des Widerstandes herbeizuführen? Wir haben es erlebt und werden es immer erleben, daß in gewissen Momenten ein englischer Staatsmann, der vor der ganzen Welt keine Ansicht kund tut, nicht die Absicht hat, wegen einer theoretischen Einstellung etwa so weit zu gehen, die Entente und das Freundschaftsverhältnis zu Frankreich dieserhalb aufzugeben. (Sehr richtig! v. d. Regierungsparteien.) Ich habe nie geglaubt, daß eine solche Situation kommen würde. Es war notwendig, den passiven Widerstand bedingungslos aufzugeben. Meine Bemühungen um eine Wenderung der Situation sind ergebnislos geblieben. Ich weiß auch nicht, ob eine andere Re-

gierung einen anderen Erfolg gehabt hätte. Sie haben von Lord Curzon im englischen Oberhaus gehört, daß wir an der bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes die Schuld hätten, weil wir den Widerstand überlicherweise zu lange hingezogen hätten. Als ich damals die Reichstanzlerschaft übernahm, habe ich selbstverständlich mit dem zurücktretenden Außenminister v. Rosenbergs über diese Dinge mich eingehend unterhalten, ihm diese Erklärung Curzons vorgelegt und mit ihm besprochen, der doch bisher diese Dinge behandelt hatte und gefragt, wie sie parlamentarisch zu bewerten wären, und er sagte, worin ich vollkommen mit ihm übereinstimme: 'Nichts ist törichter als die Art, wie Deutschland sich bei verschiedenen Gelegenheiten an die Seite Englands gedrängt hat, als wenn dieses der Sekundant Deutschlands wäre, und dadurch nur Englands Stellung in der Entente befestigt hat.'

Bei der Zerrüttung der damaligen Verhältnisse konnten wir gar nicht anders handeln. Ebenso töricht ist es freilich, wenn (solche Leute heute meinen, daß der passive Widerstand an sich falsch gewesen wäre und nicht seine große Bedeutung für uns gehabt hätte. Er hat einmal gezeigt, wie sehr Rheinland und Ruhr mit Deutschland verbunden sind (Verbäther Beifall) und dadurch allen denjenigen Tendenzmeldungen, die in der Welt bis dahin geglaubt wurden, der Boden entzogen.

Wenn der Sachverständigenbericht den Sach an die Spitze stellte, daß Deutschland die Souveränität, die wirtschaftliche und finanzielle Einheit wieder haben müsse auf seinem ganzen Gebiet, so danken wir das den Menschen, die damals gelitten haben, auch wenn sie nicht vom passiven zum aktiven Widerstand übergegangen wären. (Sehr wahr!) Ich sehe zunächst einmal in dem Zusammentritt der Sachverständigenkonferenz eine ganz große Instanz der weltpolitischen Lage. Ich sehe darin den Sieg des Gedankens, der auch von der Rechten verfochten worden ist. Es liegt nahe, daß bei der weltpolitischen Lage, in der wir uns befinden, bei unserer Machtlosigkeit, von unserem Standpunkt aus alles begrüßt werden muß, wodurch die Reparationsfrage aus der Machtatmosphäre herausgenommen wird und in die Atmosphäre der Wirtschaftsfragen hineingestellt wird. (Zuruf rechts: Gwisse Illusionen!) Dann haben diese ewigen Illusionen sehr viele Leute gehabt, darunter auch Professor Hoehsch. Wenn ich diesen Namen nenne, so geschieht es deshalb, weil keiner so stark wie er die große weltpolitische Tatsache unterstrichen hat, daß nunmehr die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingetreten sind in die Regelung der europäischen Verhältnisse. Denken wir an die Zeit vom Dezember 1922 und an die Rede, die Hughes hielt. Mit vollem Recht hat der damalige Reichstanzler Cuno in seiner Silvesterrede in Hamburg die sofortige Zustimmung Deutschlands erklärt. Und wer hat sich gegen diese Erklärung von Hughes gewendet? Herr Poincaré war es. Von Paris aus ist sofort gesagt worden: 'Wir haben nicht die Absicht, uns die Früchte unserer Siege durch internationale Bankiers entreißen zu lassen.'

Das war die Situation: Auf der einen Seite die Machtlosigkeit, die letzte, alles, was wir haben, wollten wir behalten; auf der anderen Seite der englische Standpunkt. Was haben wir dagegen als waffenloses Volk? Welche Waffen hat ein Außenminister, wenn er nicht diese Waffen besitzt: Einmal das Interesse der Welt, daß die große Wirtschaftskraft Deutschlands nicht zugrunde geht, die Einsicht eines Volkes in die großen wirtschaftlichen Verhältnisse, um nicht ein anderes Volk in den Untergang hineinzujagen? Er hat keine andere Waffe, als daß die Welt nicht uninteressiert daran ist, ob Deutschland zugrunde geht. Ich glaube nicht an eine Wenderung der Atmosphäre dahin, daß die

Außenpolitik aus Liebe gemacht

wird; sie wird aus eigenem weltwirtschaftlichen Interesse gemacht. Dieses Interesse der Sachverständigen nicht zu benutzen, wäre ein totaler Fehler gewesen. Was der Außenminister eines waffenlosen Staates nach hat, das ist der einheitliche nationale Wille seines Volkes über alle Parteien hinweg, der im gegebenen Moment Unertüchliches zurückweist. Wenn Sie (zu den Nationalen) diesen Willen eines Volkes einstellen wollen, dürfen Sie nicht anderen Parteien die politische Ehre absprechen. (Sehr wahr! v. d. D. Vp.) Dann müssen Sie anerkennen, daß der, der auf welchem Wege immer seinem Vaterlande nutzen will, denselben guten Willen für sein Volk hat, den Sie für sich in Anspruch nehmen. (Sehr wahr!) Wir müssen diesen einheitlichen Willen des Volkes in den Ehrenfragen zusammenschaffen, um die wir kämpfen, wie wir dadurch schon einmal die Nichtauslieferung der Kriegsverbrecher durchgesetzt haben. Nichts stört diese Einheitsfront mehr als die Rede, die Sie gestern gehalten haben. (Sehr wahr! v. d. D. Vp., Wärm und Widerspruch rechts.)

In dem Zusammentreten der Sachverständigen lag eine große Bedeutung. Daß die Vereinigten Staaten kurz nach dem Kriege das Schlagwort ausgaben: 'Nie wieder sich einmischen in europäische Dinge, das war unser Vererb Jahrelang, weil die Vereinigten Staaten schließlich der gegebenen ehrliche Wähler für europäische Verhältnisse sind. Sie sind zu reich, um an einer Schwächung Deutschlands interessiert zu sein. Sie haben genügend weite Distanz, um diese Dinge zu übersehen. Ich werde allen den Herren, die bei diesem Sachverständigengutachten mitgewirkt haben, die volle Objektivität zu. (Lachen rechts.) Herr v. Graefe weiß gar nicht, wie wenig bei diesen Verhandlungen etwa nach Nationen abgestimmt worden ist, wie selbst Franzosen für eine geringere Belastung eingetreten sind. Die Herren haben sich nicht von politischen Gesichtspunkten treiben lassen, sondern anerkannt, daß sie von ihrem wirtschaftlichen Standpunkt aus die Dinge regeln müssen. Das ganze Sachverständigengutachten wird in seinem Effekt schließlich von dem Geist bestimmt werden in dem es durchgeführt wird, und von den Verantwortlichkeiten, die darüber mit zu entscheiden haben; es fördert diesen Geist nicht, wenn Sie (nach rechts) sich darüber hinwegsetzen, daß andere Nationen auch objektiv denken können. Bis zu diesem Tage ist hier eine bedeutende Entwicklung vor sich gegangen. Sie haben eine durchaus abfällige Kritik an dem Gutachten bezüglich der Eisenbahnfrage geübt. (Zuruf rechts.) Sie haben ja anscheinend das Gutachten gar nicht gelesen. Auch der

Reichslandbund hat an die Spitze seiner Erklärung den Satz gestellt, daß Deutschland an die Entente Kriegskontributionen bis zur Grenze des Möglichen zu bezahlen habe. Und nun bitte ich zu beachten, wie der gegenwärtige Stand der deutschen Leistung sich zu dem verhält, auf das wir nach dem Gutachten eingehen sollen.

Was heute aus dem Ruhrgebiet durch die Ricomverträge herausgequillt wird, wird von Sachverständigen auf 1,2 bis 1,4 Milliarden Goldmark jährlich geschätzt.

(Zuruf rechts: Wir haben sie nicht gebilligt. — Stürmische Heiterkeit im übrigen Hause.) Ich glaube nicht, daß es zur Beruhigung des Ruhrgebiets dienen wird, wenn Sie sagen, Sie hätten sie nicht gebilligt. Nein Mensch hat das gebilligt. Aber wollen Sie die Leute schmähen, die zu den unendlichen Leiden, die die besetzten Gebiete schon auf sich hatten nehmen mußten, auch diese noch auf sich genommen haben? Hat nicht Poincaré auch Zeichen beschlagnahmt? Wollen Sie den letzten Rest unserer Volkskraft auch noch der Vernichtung anheimgeben? Unsere Brüder dort haben sich in das Unvermeidliche gefügt, aber in der festen Erwartung, daß die Reichsregierung alles tut, um diese Last so rasch wie möglich zu vermindern. Am Wahlkampfe ist gesagt worden, wir hätten auch die Last der 380 Millionen Belastungskosten nicht auf uns nehmen sollen; die Übernahme dieser Kosten sei ein Zeichen der Schwäche der Regierung und ihrer Unfähigkeit, sich gegen solche Zumutungen zu wehren. Es ist doch klar, daß die ganzen Schläge dafür, daß wir nicht zahlen, von einer Bevölkerung auszuhalten gewesen wären. (Sehr Zustimmung.) Es will mir doch scheinen, als wenn jene großen Worte proportional sind der Entfernung vom besetzten Gebiet.

(Stürmisch anhaltender Beifall und Händeclatschen.)

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß das Sachverständigen-gutachten in dem Maße mündet, daß Deutschland nicht zugemutet werden könne, gegenwärtig und im ersten Jahre auch nur einen Pfennig aus seinem Budget zu zahlen. (Widerpruch rechts.) Sie (nach rechts) haben das Gutachten eben nicht gelesen! Was ich sage, ist richtig. Es ist anerkannt worden, daß die Rückzahl auf die deutsche Währung jede deutsche Regierung veranlassen wird, nicht irgendwelche Leistungen jetzt an das Ausland zu machen. Eine der schlimmsten Kriegsschuldigkeiten war die von dem betrügerischen Bankrott Deutschlands, die Behauptung, Deutschland könne zahlen, wolle aber nicht. Diese Behauptung hat Poincaré dazu gedient, die Belegung der Ruhr der Welt plausibel zu machen. Wenn also jetzt anerkannt wird, daß Deutschland nicht zahlen könne, dann bricht damit die moralische Grundlage für die Belegung überhaupt zusammen. (Sehr richtig!) Ich habe alle Veranlassung,

die Frage der Wiederaufhebung der Belegung als die wichtigste in den Vordergrund zu rücken.

In dem Gutachten wird unterschieden zwischen der Zeit des Rotoratoriums, der Uebergangszeit, und der Zeit, von der die normalen Leistungen beginnen sollen. Wenn wir uns einverstanden erklären, so ist es wegen der Bestimmung über die Transferrierung deutscher Leistungen nach dem Auslande, die sich aus der deutschen Leistungsfähigkeit ergibt. Ich weise auf das hin, was Professor Hoersch über das Gutachten gesagt hat. Er hat von einer der großen Drehungen in der Konstellation der Weltmächte gesprochen, die sich zu vollziehen beginne. Die öffentliche Meinung liegt in dem Gutachten, das unter dem maßgebenden Einfluß der amerikanischen Sachverständigen zustande gekommen ist, die wirtschaftliche Bibel der Gegenwart. Wer sich ihm entgegenstellt, muß damit rechnen, daß er die größte Macht gegen sich aufbringt!

Wenn die Vorschläge der Sachverständigen Sachleistungen, Uebertragung von Geld und Devisen an das Ausland nur dann verlangen, wenn es ohne Beförderung der deutschen Wirtschaft geschehen kann, so ist das doch ein

Bruch mit dem bisher vortretenden System.

(Erneute große Unruhe rechts.) Herr Abg. v. Graefe erregt sich darüber, daß ein deutscher Minister die Vorteile des Sachverständigen-gutachtens erörtert. Sind Sie der Meinung, daß Sie mit der veralteten Diplomatie weiterkommen und lediglich durch die einseitige Art der Darstellung irgend etwas auf diesem Gebiete erreichen können, wo es sich nicht um Politik, sondern um nächtliche Wirtschaft handelt, wo jeder in der Lage ist, über all diese Dinge selbst nachzudenken? Gestern hat Graf Westarp auf die Kreditkrise hingewiesen. Sie ist nach zwei Richtungen außerordentlich bedenklich. Einmal hat sie infolge der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse — ob nun das Sachverständigen-gutachten angenommen wird oder nicht — ein Hindernis für viele Verhandlungen mit ausländischen Kreditgebern. Zweitens ist der Angelpunkt des Gutachtens das

Zustandekommen der internationalen Anleihen

von 800 Millionen Mark. Diese 800 Millionen fließen der deutschen

Währung zu. Damit kann die Währungsbank ihre Notenausgabe ausbauen. Wenn Sie nicht in dieses vollkommen ausgebildete Flußbett ganz neue Gewässer hineinklein, werden wir alle mit verdorren. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Die Bestrebungen zur Verfestigung in den besetzten Gebieten, die eine schwere Belastung der Reichseinheit waren, sind zurückgetreten nur in der Hoffnung auf die Annahme des Gutachtens. Allerdings ist uns

eine Eisenbahnpolitik aufgezwungen

worden, welche die Eisenbahn zu nichts weiter macht als zur Trägerin des Zinsendienstes. Hierin und in den genannten Summen liegen die tief schmerzlichen Nachteile des Gutachtens. Aber wir müssen uns vor Augen halten, was geschieht, wenn wir ablehnen. Wir sind der Meinung, daß die Herstellung der deutschen Verwaltungshoheit implizite im Gutachten liegt, weil wir sonst gar nicht imstande wären, den geforderten Leistungen nachzukommen. Wenn ich annehme, daß wir etwa am 1. Juli das Gutachten annehmen, und die Äußersten innerhalb der nächsten 14 Tage ihre Anordnungen in den besetzten Gebieten zurückziehen, so könnte dann das Gutachten sofort in Kraft treten. Das Fortbestehen der militärischen Besetzung hindert natürlich unsere Leistungsfähigkeit. Unsere Leistungen können nur garantiert werden bei Wegfall jeder Hinderung unserer Produktivität. Eine Einbeziehung der Ehrenfragen in die Annahmefrage des Gutachtens ist unmöglich. Aber die Regierung wird alles tun, um auch diese Fragen zu regeln.

das Gutachten ist unteilbar;

das ist uns bei unseren Unterhandlungen mit England überhaupt immer gesagt worden. Angenommen haben wir das unteilbare Ganze als Schema. Es geht nicht, daß jede Nation sich aus dem Gutachten ihre Kopfen herauspickt; wenn wir das täten, täten es die anderen auch, und sie läßen am längeren Hebel. Im einzelnen kann verhandelt werden, nämlich bei den Belegen, die wir im Verfolg des Gutachtens durchbringen müssen. (Zuruf des Abg. Quast: Ein gutes Planchon für die Gegenseite! Großer Lärm. Pfluruse in der Mitte.) Das ist das Inamische, was nur gesagt werden konnte! (Erneute Pfluruse.) Ich habe das Gutachten für einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande. (Beifall.)

Die Zweifel des deutschen Volkes daran, ob die Gegenseite ihre Verpflichtungen erfüllen werde, nach der Politik, die Deutschland gegenüber bisher eingehalten wurde, der Politik der Demütigungen, ist berechtigt. Aber diese Kritik ist getobt worden auch von MacDonald und Herriot, und man darf vielleicht hoffen, daß diese Männer in ihrer eigenen Politik nunmehr das nicht vergessen werden.

Graf Westarp hat sich dagegen gewandt, daß eine Einmischung des Auslandes in die Personalfrage der Kabinettsbildung erfolgt sei. Ich würde es als Außenminister zurückweisen haben, wenn eine solche Einmischung erfolgt wäre. Eine Aeußerung der ausländischen Presse und überhaupt des Auslandes über ihre Auffassung von der Lage in die Deutschland durch die Annahme des Sachverständigen-gutachtens kommt, kann uns aber nur erwünscht sein. Ich stimme vollkommen mit Ihnen darin überein, daß die

Entscheidung bei den Deutschen selbst

liegt. Wenn in der Rede des Grafen Westarp eine gewisse Skepsis über das Verhalten der Entente uns gegenüber zum Ausdruck gekommen ist, so teile ich diese Skepsis. Wir müssen besonders dem Ausland gegenüber betonen, daß diese im ganzen deutschen Volke verbreitete Skepsis ihre volle Berechtigung hat infolge der Politik uns gegenüber. (Zustimmung.) Denn das deutsche Volk ist zu oft getäuscht worden in dem, was es erwarten konnte. (Erneute allgemeine Zustimmung.) Wir können aber nicht umhin, festzustellen, daß dieses Recht des deutschen Volkes zum Mißtrauen auch bereits von denen ausgesprochen worden ist, die namentlich an der Spitze der englischen Regierung, vielleicht aber auch der französischen Regierung stehen. Was das Ausland „Nationalismus“ nennt hat keine tiefste Wurzel in der Politik, die jahrelang gegen Deutschland getrieben worden ist, so hat MacDonald gesagt. Gerade aus diesem Erkennen des Psychologischen entnehme ich, daß diese Männer im Auslande auch in ihrer eigenen Politik von den Methoden abzuweichen werden, die Sie (nach rechts) hier mit Recht geübt. Die Ausführungen, die Herr v. Graefe gestern gemacht hat, sind außerordentlich veranimatorisch gewesen. (Unruhe rechts.) Wie kann man, wenn der Reichsminister von einer ehrlichen deutschfranzösischen Verständigung spricht, die notwendig ist, erklären, die Junge solle ihm eher verdorren, als daß es zu einer Verständigung komme. (Lärm rechts, Abg. Graf Westarp (Dnat.) ruft: Solange Franzosen im Lande sind, hat er recht.) Es handelt sich ja gerade darum, daß die Franzosen aus dem Lande gebracht werden! Wenn in anderen

ändern davon gesprochen wird, daß man zu einem modus vivendi gelangen wolle, kann da der deutsche Reichsminister überhaupt je etwas anderes erstreben als eine ehrliche Verständigung? (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Jede andere Politik würde verantwortungslos sein, sie würde dem Volke Hoffnungen vorspiegeln, an denen es vielleicht zugrunde geht. (Widerpruch rechts.) Man hat kürzlich das wiedererrichtete Rollstedtmal in Halle eingeweiht und dabei auch an den Wahnpruch des alten Feldherrn erinnert: Mehr sein als scheinen! Das gilt auch in bezug auf Erreuer.

Entsaltungen von Prunk und Paraden,

mit denen wir auch nicht mehr scheinen dürfen als wir sind. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir stehen vor der Tatsache, daß wir waffenlos sind und sollten nicht irgendeine Macht vortäuschen, die wir nicht haben, die uns aber die Beendigung der Militärkontrolle unendlich erschwert. (Sehr wahr bei der Mehrheit.)

Leider treten wir in die Frage der Erledigung des Sachverständigen-gutachtens ein in einer Zeit größter politischer Zerrissenheit, wie sich aus den Debatten dieses Hauses ergibt. Gerade angesichts der Entscheidung, vor der wir stehen, die die bedeutungsvolle ist nach dem Frieden von Versailles, wird diese politische Zerrissenheit weder im Lande verstanden werden noch im Ausland. Vorteile und Nachteile müssen in der Frage des Sachverständigen-gutachtens ruhig erwogen werden. Die Regierung hat sich bei diesen Verhandlungen leiten lassen von der Wahrung der deutschen Lebensinteressen und sie ist überzeugt, daß sie mit dem Weg, den sie gegangen ist, den einzig richtigen Weg gegangen ist, der zur Konsolidierung der deutschen und der europäischen Verhältnisse führt. Und wir können nur hoffen, daß die Behandlung dieser Fragen erfolgt mit Sachlichkeit und Bedenklosigkeit, aber nicht aus Parteirücksichten. (Beifälliger Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Schlange-Schönningen (Dnat.):

Ich habe heute noch der Rede des Herrn Dr. Stresemann wieder von neuem das Gefühl gehabt: Wenn Deutschland durch Reden gerettet werden könnte, wäre es schon lange gerettet. (Unruhe bei den Regierungsparteien.) Man hat sich andererseits des Gefühls nicht erwehren können, daß, wie wir so oft an ihm bemerkt haben, daß das, was er sagte, getragen war von dem unabweislichsten Optimismus, aber letzten Endes nichts weiter war als eine klingende Schelle, der nachher der Erfolg verjagt war (Stürmische Heiterkeit).

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Sofort bei seinen ersten Worten wurde er von unausgelebten Zwischenrufen der Deutschnationalen und Deutschsozialen unterbrochen; diese Zwischenrufe steigerten sich dann zu einer gemeinsamen Behinderung des Redners am Weiterreden. Minutenlang brabbelten die Nationalisten wie der Völscher auf der Bühne „Rhabarber, Rhabarber“, bis nach andauerndem Läuten des Präsidenten der Unzug eingestellt wurde und die meisten Rhabarberleute, begleitet von kennzeichnenden Zurufen der Linken, den Saal mit dem Restaurant vertauschten. Genosse Breitscheid führte aus:

Von dem Kronprinzen der deutschnationalen Fraktion hatten wir erwartet, daß er die großen hochpolitischen Gesichtspunkte in die Debatte hineinbringen werde. Was wir von ihm gehört haben, waren einmal Redebühnen, die allerdings zur Bereicherung des Inventars an Reichstagsrededebatten beitragen und zum andern war seiner Weisheit lehrer Schluß die Verständigung: Wir müssen eine Politik treiben, die dem Ausland klar macht, daß, wenn es keine Unterdrückungspolitik fortsetzt, es in Deutschland zu Verzweiflungsausbrüchen kommen könne. Was aber dann?

Was nach diesen Verzweilungsausbrüchen?

Wie, wenn sich das Ausland nicht um solche Ausbrüche kümmert und auch nicht kümmert um die deutschnationalen Lehren? Wenn das alles ist, was die Deutschnationalen und ihr Herr Schlange in dieser Situation vorschlagen haben, so bestätigt der Eindruck dieser Rede nur jenen Satz des Alten Testaments: „Seid klug wie die Schlangen und einfältig wie die Tauben.“ (Große Heiterkeit.) Der Redner hat dann die Vorgänge der letzten Wochen aufgerollt. Ich halte es nicht für zweckmäßig, in alle Einzelheiten hineinzufolgen. Von den Regierungskrisen, die wir erlebt haben, war das sicherlich die groteskste und gleichzeitig die tragischste. Wenn Abg. Schlange sagte, die Deutschnationalen kämpften um ihren Eintritt in die Regierung, sie wollten sich nicht hineinbetteln und hineindrängen, so ist das wahrscheinlich das Zu-

Shimmy.

Von Käthe Lucie Günther.

Ein Bild aus dem Berliner Osten.
Grete Fürbringer, eine jugendliche Mutter, die „in Schlafstube, Hof viere“, wohnte — hatte um Hilfe gebeten für ihr unehelich geborenes Kind.

Die „Viere“ waren beschwerliche Treppen. Sie waren in der Mitte so stark ausgetreten, daß ich mich heraus langieren mußte, um nicht mit den Abfäßen hängen zu bleiben. Endlich oben — boten mir drei Türen verschiedene Namen. Dichter Nebel schlug mir entgegen, als man mich durch die richtige Tür in eine Küche eintraten ließ. Meine Augen brauchten einige Zeit, bevor sie sich an den scharfen Dunst gewöhnten — bevor sie ein Bild aufnehmen konnten.

Ein etwa zwölfjähriger Junge, der mir die Tür geöffnet hatte, stand — und gleiche mich an. Am Herd war eine dicke Frau mit ordinärgutmütigen Gesicht damit beschäftigt, schmutzige Wäsche zu waschen. Sie nickte mir, wie einer alten Bekannten, gemächlich zu. Ein energischer Wink ihrer nassen Hand trieb den Jungen von mir weg. Er hochte sich neben den Herd auf eine Fußbank und schälte Kartoffeln. Diese Betätigung schien ihm gar nicht zu behagen — er „erledigte“ sie mit trüben, unzufriedenen Händen. Seine Augen aber, stilkuge, verdammt Augen, glitten, so oft die scharfe Kontrolle der Mutter es erlaubte, von dieser ihm ausgehenden Tätigkeit ab. Blieben mit Bewunderung auf dem Burschen hängen, der sich mit brutaler Nonchalance am Küchentisch kramerte.

Dieser Bursche, etwa zwanzigjährig, war der Geliebte der Grete Fürbringer.

Das Mädchen sah an seiner Seite. Halb Kind noch, hielt sie an ihrer vollkommen entfalteten Brust einen kräftig entwickelten Knaben. Auch des Mädchens Blide hingewandert an dem Burschen. Der hielt in der einen Faust ein Stück Wurst — in der anderen, mir entgegen gestreckten — ein dachartig aufgeklappertes Löffelmesser. Das dazu gehörige Brot lag auf dem Tisch.

Sein stupid-frecher, cynischer Blick fixierte mich ungeniert.

„Nanu — was is denn los?“

Ich wandte mich an das Mädchen.

„Fräulein Grete Fürbringer?“

Sie wußte im Moment, warum ich da war. Atmete erstickert auf. Wies mit stolzer, graziöser Geste auf den Burschen:

„Er ardeet“ wieder!

Der Bursche spitzte die abstehenden Ohren. Raß mich angriffs-lustig. Ein geflüstertes Wort des Mädchens ließ ihn hämisch auf-lachen. Gedehnt stieß er hervor:

„Ach so —!“

Er sah sich im Kreise um. Der Junge grinste — die Frau nickte ihm neckstosend zu. Da verstand er — setzte sich in Position:

„Nawolleks! — wie ardeeten wieda. Wie brauchen Euch nich.

Wie anähren unsern Jung'n allesen!“

Er lachte mich augenzwinkernd an — zeigte mir ein wunder-pollos Gebiß — und machte eine nicht mißzuverstehende Geste zur Tür.

Des Mädchens Augen hingen an seinem Gesicht.

Da konnte ich also wieder gehen.

Mein Bild streifte noch einmal voller Mitleid die junge Mutter. Der Bursche hatte seinen Arm um sie gelegt — und zwar so, daß das Messer in seiner Faust in gefährliche Nähe zu dem Kinde kam — und riß sie brutal an sich. Preßte seinen Mund auf ihre ihm hingegebenen Lippen.

Da wandte ich mich zur Tür. Rahm mir vor, das junge Menschenwesen im Auge zu behalten. . . Ich hatte die Klinke schon in der Hand, da — da geschah etwas, das meinen Schritt bannte: Auf den Hof spielte ein Seierkastenmann.

„Shimmy!“ schrie frohlockend der Junge.

„Shimmy!“ die junge Mutter.

Der Bursche rästelte sich zum Fenster, riß es auf und warf eine „Gold“münze in den Hof.

Eine Tür, die wohl in die Stube führte, wurde von innen auf-gerissen, zwei Mädel schoben sich hindurch. Zwei verschlafene, noch vom Nacht-dienst geschminkte, hübsche, aber schlaffe Gesichtler stauteten mich an.

„Shimmy!“ schrien auch sie.

Der Bursche schob sich ihnen entgegen. Blieb breitbeinig vor ihnen stehen.

„Was wollt ihr in de Küche? Hia is unsa Kewler. Shimmy schieben lost Feld!“

Die Mädchen lachten übermütig. Holten aus den Taschen ihrer greßbunten Blümas „Gold“ und gaben es dem Burschen. Aber nicht, ohne ihn zu reizen:

„Seit wann bist du denn hier Tanzmeister?“

Der Bursche ignorierte diese Bemerkung. Er zählte das „Gold“, das ihm die Mädchen gegeben. Blühschnell ließ er einen Schein verschwinden — dann schob er sich zum zweitenmal zum Fenster und warf das zuvor eingewickelte Papiergeld in den Hof:

„Jetzt spielste Shimmy, solange de Atem hast!“ schrie er hin-unter.

Ich war vollkommen vergessen.

Der Seierkasten spielte.

Und der Junge war nicht mehr träge. Seine Hände, seine Füße „arbeeten“.

Die Frau am Herd schob den Kessel vom Feuer — riß das Kind, das die leichtsinnige, junge Mutter von der Brust weg auf den Tisch — dicht neben dem Messer des Liebsten — gelegt hatte, an sich und herzte es im Takt der „Musik“.

Und durch den feuchten, scharfen Dunst, ungeniert von der Enge des Raumes, lachten und blühten die Augen. Vergessen war Rot und Elend — vergessen Jammer und Schande . . .

„Shimmy!“

Grete Fürbringer bog ihren kindhaften Körper unter dem bru-talen Griff ihres Liebsten und juchzte ihm zu.

Die Mädel stießen sich an — lücherten heimlich — und zwinkerten mit der Frau, die ihnen mit widerlich-triumphierendem Lächeln zu-nickte:

Wie lange noch — und die Grete ist unsre „Kolligin“.

Parteilose Politiker.

Von Hans Bauer.

Manche Menschen müssen von Berufs wegen auch dort politisiert sein, wo sie es ganz gern einmal nicht wären, und manche andere wieder dürfen es von Berufs wegen auch dort nicht sein, wo sie ganz gern einmal ein paar Worte riskieren. Zu der letzteren Menschen-kategorie gehören die Geschäftleute, insbesondere die Friseur und die Künstler, kurzum jenen Menschen, bei denen die Preisgabe ihrer politischen Meinung das Wohlwollen jenes Teiles ihres Publikums oder ihrer Kundschaf verscherzen könnte, auf den sie immerhin an-gewiesen sind.

Strenge Geschäftleute und geschäftstüchtige Künstler sind dieleiwegen politisch objektiv.

Beispielsweise die Verwandlungsschauspieler im Varieté.

Der maskiert sich als Bismard, Hindenburg, Wilhelm I., Fried- rich der Große. Beinahe hört ich verpassen: auch als Bebel und Berthart Hauptmann. Das heißt man neutral sein, was? Das ist indifferent, nicht? Auf vier Soldaten: zwei Menschen! Da soll einmal einer kommen und Löne reden von Voreingenommenheit!

Ober Dr. Rahmanns Gesundheitsstiefel zum Beispiel. Der hat ein Preisausschreiben veranstaltet. Es galt zehn Rüpfe zu erraten. Ein politischer Fanatiker hätte nun, immer feste druff!, Ludendorff, Wulle, Graefe, Hergt erraten lassen. Wie, hingegen, heißen die Auserwählten des zu keiner Partei gehörenden Geschäftsmannes? Nun ja: Hindenburg, Guno, Bismard, Stinnes; aber, bitte sehr, auch Ebert, Hauptmann, Rathenau.

Wenn ich so etwas höre und lese, muß ich immer an meinen Friseur denken. Als sich an Sonntag der Reichstagswahl einem politischen Gespräch beim besten Willen nicht aus dem Wege gehen ließ, flüchtete er vor einer konkreten Meinung in die fernigen Worte, er sei kein Parteimensch mit engem Horizont. Er habe sich offenes Bild und offenes Herz bewahrt, halte überhaupt nichts von den Parteien und trete nur für das Recht ein und für die Wahrheit.

Ich drückte ihm mannhaft die Hand.

Er logte: „So sind Sie also auch gegen die verdammte Juden-republik“ und schlug in sie ein.

Seitdem ist mir der grünste Hitlerbengel immer noch lieber als ein Parteiloser.

Das Deutsche Opernhaus erhöht mit Beginn der Spielzeit 1924/25 die Zahl der Stammspiele.

Der 12. Deutsche Esperanto-Kongreß findet vom 7.—10. Juni während der Pfingstferien in Glatz in B. statt. Für den dritten Wählgel-telertag ist eine gemeinsame Fahrt nach Bad Uiter vorgesehn, wo den Kongreßteilnehmern von der Kurverwaltung ein besonderer Empfang bereitet wird.

Kunftsprogramm des Abg. Schlang. Denn in den letzten Wochen und Tagen hatten wir einen anderen Eindruck von der Politik der Deutschnationalen. So oft haben sie die Tür krachend zugeschlagen, um nach ein paar Minuten leise klopfend wiederzukommen und die Tür vorsichtig öffnend und versuchend, ob nicht doch ein kleines Geschäft zu machen sei. Die oft wurden die Verhandlungen abgebrochen. Im deutschnationalen Sprachgebrauch hat das Wort „definitiv“ offenbar die Bedeutung „für 10 Minuten“. (Seiterteil Smts.) Diese Regierungstrile könnte Heiterkeit erwecken, wenn sie nicht in eine Situation gefallen wäre, die so ernst und so tief bedeutsam für das Schicksal des Deutschen Reiches ist.

Diese Verhandlungen der letzten Wochen haben nicht dazu beigetragen, das deutsche Ansehen zu erhöhen.

(Lebh. Zustimmung b. d. Sez.) Nun erheben die Deutschnationalen als stärkste Fraktion den Anspruch, daß sie zur Regierungsbildung oder zum mindesten zur Mitregierung berufen sind. Das ist eine ganz neue Auffassung des parlamentarischen Systems. Zunächst sind Sie die stärkste Fraktion nur mit agrarischen und Marektschen Hilfsaufbauten. Herr Schlang fragte, was wir gesagt hätten, wenn wir als stärkste Fraktion nicht zur Regierungsbildung berufen worden wären. Wir sind im ganzen letzten Reichstag die stärkste Fraktion gewesen, haben aber nicht immer in der Regierung geübt und haben während der letzten Reichstagsession auch niemals den Reichskanzler gestellt. Wir haben uns auch nie mit dem Chef der Regierungsgeschäfte bemüht wie jetzt die Deutschnationalen. Es kommt nicht auf die Stärke der eigenen Fraktion, sondern auf die Bildung einer Mehrheit an, und zwar einer Mehrheit für eine bestimmte Politik, und das ist nicht möglich gewesen mit den Deutschnationalen. Westarp und Graefe haben von der großen Wertenwende bei den Wahlen am 4. Mai gesprochen. Nun, die Sozialdemokratie hat am 4. Mai über 6 Millionen Stimmen, die Deutschnationalen haben 5,7 Millionen, die Deutschösterreichischen mit der Wertenwende nicht einmal 2 Millionen erhalten. Aber die Wahlen haben eine große Mehrheit der Stimmenzahl für diejenigen ergeben, die angesichts unserer außenpolitischen Lage nicht das machen wollen, was die Deutschnationalen und Deutschösterreichischen uns vorzuschreiben geneigt sind. Wo hat die Wertenwende sich ausgedrückt, in welchen Ziffern, gegenüber der für den Augenblick entscheidenden Frage?

Herr Westarp, der jetzt eine Regierung von den Deutschnationalen bis zum Zentrum fordert, hat noch am 15. November 1923 in Tempelhof eine deutschnationale Diktatur, die sich auf die sogenannten vaterländischen Organisationen stützt, als sein Programm aufgestellt.

Wenn man die Macht im Parlament besitzt, hat man nichts gegen den Parlamentarismus einzunenden; wenn man aber durch die Mittel des Parlamentarismus einzuwirken von Ministerstühlen ferngehalten ist, dann zetert man über den Parlamentarismus, der so hinderlich sei für die Nachausdehnung und Nachausübung, wie man wünscht.

Zwei Tatsachen sind für unsere Stellung entscheidend: das Gutachten der Sachverständigen und der Ausfall der französischen Wahlen. Das Gutachten muß so schnell als möglich angenommen werden ohne Reserve und von Seiten, zu denen man das Vertrauen hat, daß sie nicht nur aus tatsächlichen Gründen ein Völkerverständnis zu dieser Politik abgeben. Es ist davon gesprochen worden, ob es der Würde des deutschen Volkes entspricht, wenn man sich bei der Zusammenlegung der deutschen Regierung nach den Bestimmungen des Auslandes richtet. Ich schweige in diesem Zusammenhang von den Versuchen der Deutschnationalen in Frankreich. (Zuruf rechts: Das sind ja Märchen!)

Fragen Sie Ihren Freund Herrn v. Müller, Mitglied der Deutschnationalen Partei, nach seinen Reiseerfahrungen in Paris und Frankreich.

Aber Sie haben ja selbst gesagt, daß Sie Informationen besäßen über die Kandidatur des Herrn v. Tirpitz aus dem Auslande. Sie haben sich selbst über die Kandidatur Tirpitz vergewissert. Ich sage Ihnen: die Nachricht, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintraten würden, hat Freude und Zufriedenheit im Ausland hervorgerufen, nämlich bei allen Nationalisten, bei allen Kriegshegern. Das ist das Ausland, dem Ihre Regierungsbeteiligung außerordentlich genehm sein würde. Denn es gibt ja nichts Internationaleres als den Nationalismus. Nichts, was sich gegenseitig mehr fördert als die Nationalisten aller Völker. Dort würden Sie die Unterstützung finden für jede deutschnationale Regierung, und wenn Herr v. Tirpitz oder Herr Baerenz Reichskanzler würde. Darüber aber würde natürlich das Gutachten der Sachverständigen zu Fall kommen.

Durch das Gutachten wird auch unsere Haltung zur gegenwärtigen Regierung bestimmt.

Zur Sicherheit sei noch einmal ausdrücklich davor gewarnt, sich einem Irrglauben über unsere Haltung hinzugeben. Wenn wir einer Tagesordnung zustimmen, die die Stellung der Regierung in der Frage der Gutachten stärkt, sind wir weit davon entfernt, der Regierung Marx eine Blankoollmacht zu geben und ein allgemeines Vertrauen auszusprechen. Wie wir zu der Regierung Marx stehen, haben wir zum Ausdruck gebracht bei der Auflösung des Reichstages. Der Regierung Marx wird diese Stellung heute wohl noch vollständig bewußt sein. Es sind die alten Personen wiedergelommen und auch Herr Jares. Und Herr Jares gehört zu den Personen, zu denen unser Vertrauen mehr als gering ist. Und wenn wir in diesem Augenblick uns trotzdem auf den Standpunkt stellen, durch unser Votum den Bestand der Regierung nicht unmöglich zu machen, so weil wir so viel politisches Verantwortungsgefühl besitzen, um damit nicht gleichzeitig das Gutachten zu Fall zu bringen.

Wir stimmen dem Gutachten zu, weil seine Annahme in der Richtung der auswärtigen Politik liegt, die wir seit Jahren vertreten, in der Richtung jener Erfüllungspolitik, die wir eine Befreiungspolitik genannt haben. In der praktischen Durchführung wird der Kampf beginnen, den wir zu führen haben, auch mit dieser Regierung, wenn es sich um die innere Finanzierung der Durchführung der Gutachten handelt, der Kampf darüber, wer die Lasten zu tragen hat. Der Reichskanzler hat von einer sozialgerichtlichen Verteilung der Lasten gesprochen. Das Wort nehmen wir auf. Wir werden nach Maßgabe der Kräfte mit und gegen die Regierung die gerechte Verteilung der Lasten zur Durchführung zu bringen suchen. Was wir jetzt an Rhein und Ruhr haben, sind schlimmere Verhältnisse als in einer Kolonie. Wenn wir die Möglichkeit haben, den Druck von Rhein und Ruhr zu nehmen, wenn wir die Möglichkeit haben, diese Gebiete zu befreien, dann müssen wir die Gutachten annehmen. Herr v. Graefe hat auf das russische Beispiel von 1812 verwiesen. Berlin will Herr v. Graefe opfern. Wie wäre es, wenn das Rittergut Gotzbebe in Reddenburg ebenfalls geopfert und verbrannt würde? Aber wir verlangen weder das eine noch das andere. Es gibt eine andere Gelegenheit, Opfer zu bringen, die nicht so pathetisch aussieht. Das Opfer, das darin besteht, daß der Besitz nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zur Durchführung der Gutachten beiträgt.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Der gute Ton.

Ein deutsch-nationales Bekenntnis.

Im „Lokalanzeiger“ beginnt die Betrachtung über die gestrige Aussprache im Reichstag mit folgender Feststellung: „Man kann gegen die gestrige Reichstagsführung allerhand einzuwenden haben, worunter nicht das Letzte sein würde, daß der Ton im Hause auch außerhalb der kommunistischen Fraktion in einer äußerst befremdlichen Weise noch unter das Niveau des vorigen Reichstags gesunken ist.“

Gesprochen haben in der gestrigen Reichstagsführung außer den Kommunisten unter Genosse Löbe, der Deutschnationale Graf Westarp, der Deutschsoziale Abg. Kunze, die Nationalsozialisten Graefe und Henning, weiter Abg. Scholz für die Mittelparteien, Abg. Reich für die Bayerische Volkspartei und Reichskanzler Dr. Marx. Die Rede des Genossen Löbe ist nach dem einstimmigen Urteil der Mittelparteien das Ereignis des Tages gewesen. Sie stand weit über dem Durchschnittsniveau des Hauses, und selbst die Gegner der Sozialdemokratie wagen nicht, die Ausführungen Löbes anzugreifen.

Daß die Redner der Mittelparteien oder der Reichskanzler der Würde des Hauses etwas vergeben haben, kann nicht behauptet werden und wird auch nirgends behauptet.

Es bleiben also nur die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und die Deutschsozialen. Hier fiel es allerdings allgemein auf, daß man nicht nur durch Mangel an Sachlichkeit und durch flüchtige Demagogie, sondern auch durch unparlamentarisches Benehmen mit den Kommunisten weitesterte.

Wenn sich also der deutsch-nationale „Lokalanzeiger“ über den „Ton im Hause“ beklagt, wenn er konstatiert, daß das Niveau des jetzigen Reichstages unter dem des vorigen steht, so verfehlt er damit seinen eigenen Freunden eine schallende Ohrfeige.

Einheitsfront des Unsinn.

Eine Neugründung im Reichstag.

Der deutsch-nationale Abg. Schlang-Schönning begann seine heutige Rede im Reichstag mit dem klassischen Ausspruch, die Rede Stresemanns sei eine klingende Schelle, der im Endeffekt der Erfolg versagt bleiben werde. Man weiß im Reichstag nicht, ob Stresemann infolge dieser klingenden Schelle die Sprache verloren hat, ist aber allgemein zu der Ansicht gelangt, daß der Reichstag an seinem Busen eine Schlange nährt, zu deren Handwerk das Klappern gehört.

Im übrigen geht das Gerücht, daß Schlang, der Mann mit der klingenden Schelle, beabsichtigt, mit einem gewissen Mumm und einem gewissen Höllein in der Wandelhalle des Reichstages ein Kabarett „Zur heiligen Dreieinigkeit“ aufzumachen. Mumm will einen Hundeschwanz vorführen, dem das Lebenslicht stückweise ausgeblasen worden ist, und höllein ein totesgeborenes Kind, das sich im Sande verlaufen hat. Das Projekt soll in allen Parteikreisen auf große Sympathien stoßen. Man ist allgemein bereit, sich im Hinblick auf die kommenden heißen Tage an der Einheitsfront des Unsinn zu beteiligen und gibt sich der Hoffnung

Großfeuer in den Bergmannwerken.

Das Imprägnierhaus ausgebrannt.

In den Bergmann-Werken in der Liebenwalder Straße, die erst unlängst von einem schweren Schadenfeuer heimgesucht worden waren, entstand heute früh kurz vor Arbeitsbeginn ein großes Feuer in dem Block, in dem die Isolierrohre imprägniert werden. Das Feuer, das durch einen Kurzschluss in einem Erhitzer entstand, verbreitete sich in wenigen Minuten durch zwei Stockwerke des gewaltigen Gebäudes und nur dem glücklichen Umstand, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich noch nicht in den Arbeitsräumen befanden, ist es zu danken, daß nicht zahlreiche Personen den Tod in den Flammen gefunden haben. Ueber den Brand selbst erfahren wir folgende Einzelheiten:

Auf dem Grundstück der Bergmann-Werke, das sich zwischen der Ralpaquet-, See-, Dubenarber, Hennigsdorfer und Liebenwalder Straße hinzieht, brach im westlichen Teile des Geländes in dem mächtigen Block Feuer aus, in dem die Isolierrohre imprägniert und lackiert werden. In der 3. und 4. Etage dieses Fabrikhauses befinden sich mächtige, durch beide Stockwerke emporstrebende Kessel, in denen die Schutzrohre in einer Mischung von Teer, Öl und Asphalt Wetterbeständigkeit erhalten. Die zur Imprägnierung der Rohre dienende Flüssigkeit besitzt an sich einen spezifisch hohen Brennpunkt, ist aber durch den Zusatz von Teer usw. doch in hohem Maße feuergefährlich. Die Isolierrohre, die aus einer Art Pappe bestehen, werden in die Kessel hineingetaucht und dann gleich daneben zum Trocknen auf lange Holzregale gebreitet, bevor sie in einer anderen Abteilung dann mit einer dünnen Messinghülle umgeben werden. Heute morgen um 6 Uhr 45 Minuten betreten, wie gewöhnlich, die Meister die in der 3. und 4. Etage gelegenen Säle, um vorchriftsmäßig eine Viertelstunde lang die mächtigen Entlüfter spielen zu lassen, die die während der Nacht sich ansammelnden Teergase und Dämpfe ins Freie befördern. In dem Augenblick, in dem ein Meister den an der Decke des Saales befindlichen großen Ventilator einschaltete, entstand aus einer noch nicht aufgeklärten Ursache Kurzschluss in dem Motor. Die Unterbrechung stand sofort in hellen Flammen und wenige Sekunden später flog die brennende Masse in weithinverbreitendem Zustand in einen der großen Teerbottiche, der sich sofort entzündete. Den Meistern gelang es gerade noch, zu flüchten und die Eisentüren nach den Treppentritten zu schließen, als sich die Arbeitsäle auch schon mit einem unbeschreiblichen ätzenden Qualm anfüllten.

In der allgemeinen Verwirrung, die ertürkischerweise entstand, setzte man zunächst nicht die überall vorhandenen Hydranten in Tätigkeit. Passanten bemerkten dagegen

an der großen Qualmenwäldung und an dem Geköse, mit dem die Fensterscheiben barsten,

den Brand und benachrichtigten die nahegelegene Feuerwache 24 am Schillerpark, die bei ihrem Eintreffen sofort die Meldung Großfeuer weitergab. In etwa 15 Minuten waren 6 weitere Löschzüge zur Stelle und Baurat Hammer, der die Löscharbeiten leitete, ließ sechs der stärksten Zuleitungen in das Fabrikgebäude hinein führen, um dem Riesenbrand zu Leibe zu gehen. Die Feuerwehren schickten zunächst vor einer fast unüberwindlichen Aufgabe gestellt. Die Entzündung des Teerqualms war so gewaltig, daß die Löschmannschaften selbst mit Rauchhelmen nicht über die von einem schwarzen Nebel erfüllten Treppentritten vordringen konnten. So mußte man von außen über die eisernen Rettungsleitern bis zum Dachstuhl emporsteigen, eine lebensgefährliche Arbeit, da die Flammen meterweis aus den Fenstern heraus schlugen, deren Glas unter der Hitze zerbrach. Von unten trafen sich die Flammen dann bis zum Dachstuhl empor, der zum Teil verbrannte und einbrach. Erst nach zweistündigem Wassergeben gelang es, wenigstens die Nachbargebäude vor einem Uebergreifen des

Feuers, auf diese Weise alle parlamentarischen Schwierigkeiten in Zukunft spielend zu lösen.

Der Westarp-Schwindel.

London, 6. Juni. (WTB.) „Times“ weist an Hand von Zeugnissen Macdonalds nach, daß Graf Westarp den britischen Premierminister falsch zitiert habe. Denn Macdonald habe am 15. April im Unterhaus gesagt, es werde im Bericht des 1. Sachverständigenausschusses deutlich erklärt, daß der Bericht ein unteilbares Ganzes sei. Die britische Regierung sei bereit, ihrerseits den Plan in seiner Gesamtheit zu unterstützen. In seiner Rede in Port am 30. April habe Macdonald erklärt, daß der Sachverständigenbericht als ein Ganzes betrachtet werden müsse.

Die französische Regierungskrise.

Paris, 6. Juni. (WTB.) Die Agentur Havas schreibt über den mutmaßlichen weiteren Verlauf der Krise: Wenn es zu keinem unaußergerichteten Zwischenfall komme, werde die heutige Sitzung der Kammer durch die Nachprüfung der Wahlergebnisse auszufüllt werden. Dann würde die Kammer nach dem Beispiel des Senats sich auf Dienstag vertagen und bis dahin werde das Kabinett, das Millerand zu bilden beabsichtigt, in der Lage sein, sich dem Parlament vorzustellen und die ministerielle Erklärung zu verteidigen. Es werde dann in der Kammer eine Debatte stattfinden, in der die Gruppen der Linken Gelegenheit haben dürften, entweder direkt oder indirekt sich über die Präsidentenfrage auszusprechen. Wenn das neue Kabinett in die Minderheit verfehl werde, werde der Präsident der Republik aus der Kammerabstimmung die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Der japanisch-amerikanische Konflikt.

London, 6. Juni. (WTB.) „Daily Mail“ meldet aus Kobe, daß zwei weitere Japaner als Protest gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz Selbstmord begangen haben. Die Erregung in ganz Japan nehme zweifellos zu. An verschiedenen Orten seien Vereinigungen zum Boykott der amerikanischen Waren gebildet worden, und zahlreiche Kaufhäuser in Tokio trügen Schilder, die besagten, daß keine amerikanischen Waren verkauft werden. Einige Korbe in Tokio teilen mit, daß sie es ablehnen, amerikanische Patienten zu behandeln. Beunruhigende Briefe seien an amerikanische Missionare gelangt worden. Die Behörden erwägen Maßnahmen, um der Lage zu begegnen. 19 Zeitungen in Osaka und Tokio haben eine Erklärung veröffentlicht, daß die vom Kongreß in Washington angenommene, gegen Japan gerichtete Gesetzgebung nicht nur in Widerspruch mit der Gerechtigkeit und Menschlichkeit stehe, sondern auch die traditionelle Freundschaft zwischen beiden Ländern unberücksichtigt lasse. Die Blätter ersuchen die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk, die Gesamfrage neu zu erwägen.

Abrufe des amerikanischen Botschafters.

London, 6. Mai. (WTB.) Nach Blättermeldungen aus Tokio ist der amerikanische Botschafter in Tokio Wood, der bekanntlich seine Demission gegeben hat, gestern nach Washington abgereist.

Flammenmeer zu schühen und als die Teerkessel ausgebrannt waren, konnte man daran denken, auch im Innern des Gebäudes die notwendigen Lösch- und Aufräumarbeiten vorzunehmen.

Die Mauern des Blockes haben durch die riesige Hitze sehr stark gelitten. Der Puh ist zum Teil herabgeschürzt und an vielen Stellen zeigen sich längere Risse. Erst gegen 10 Uhr konnten 5 Löschzüge abrücken, doch bedurfte es noch stundenlang intensiver Arbeit, die hier und da auflodernden kleineren Brände zu ersticken. Der Sachschaden, der durch Verflüchtung abgedeckt ist, ist sehr erheblich sein.

Wie uns von der Direktion der Bergmann-Elektrozitativerte mitgeteilt wird, soll das Feuer, gemessen an anderen Fabrikbränden, nur ein kleines gewesen sein. In Mitleidenschaft wurde lediglich die zweite Etage gezogen, wo papierene Isolierrohre lagern. Seit 22 Jahren hat es hier zum ersten Mal gebrannt. Einrichtungsgegenstände und Materialien sind nur teilweise zerstört, so daß mit einer Betriebsstilllegung nicht zu rechnen ist. Wie die Direktion weiter mitteilt, war die Gewalt des Feuers bereits in der achten Morgenstunde gebrochen.

Verklagt, weil — zuviel Miete gezahlt!

Im Mietnotrecht kommen die tollsten Dinge vor. Selbst beim alten eckeligen Ben Aliba dürfte es noch nicht dagewesen sein, daß Mieter von ihrem Hauswirt verklagt wurden, weil sie mehr Miete zahlten als der Hauswirt haben wollte. Dieses Kunststück hat der Hausbesitzer W. in der Wohlgerathstraße in Baumhuldenweg fertiggebracht. Vor zwei Jahren war ein Bergfeld geschlossen worden, daß jeder Mieter sein eigenes Treppentritt reinige und da er ein Drittel von den Verwaltungskosten weniger zahlte. Wegen Einführung der Bodenmiete wollten die Mieter in Uebereinstimmung mit dem Reichsmietengesetz und mit gerichtlichen Entscheidungen die Verpflichtung zur Hausreinigung wieder dem Hauswirt auferlegen. Der Hauswirt nahm aber am 1. Mai die volle gesetzliche Miete nicht an und schickte sämtlichen Mietern einen Zahlungsbefehl auf Zahlung der Miete obzueglich von ein paar Pfennigen Verwaltungskosten. Bedauernswertes Gericht, das sich mit solchen Dingen beschäftigen muß! Zunächst hat erstern das Mieteneinigungsamt beschlossen, daß die volle gesetzliche Miete zu zahlen und die Verpflichtung der Mieter zur Treppeneinigung erloschen ist.

Ueberfallen und beraubt wurde am Donnerstag nachmittag ein Laufburche Paul Raab aus der Hehrbelliner Straße, der für eine Firma in Weihensee bei mehreren Kunden 225 Goldmark einbezogen hatte. In der Charitienburger Straße zu Weihensee sprach ihn gegen 5½ Uhr drei unbekannte Männer an und nahmen ihn in die Mitte. Einer von ihnen entriß ihm die Tasche mit dem Gelde, schwang sich auf ein Fahrrad mit gelbem Rahmen und fuhr mit der Beute in der Richtung nach der Gustav-Adolf-Straße zu davon. Die beiden anderen hielten ihn noch fest, um eine Verfolgung zu verhindern, ergriffen dann auch die Flucht und entamen ebenfalls.

Zum Reichsbankentag am 16. und 17. d. M. werden einige Quartiere benötigt. Die parteigenösslichen Beamten, die in der Bode sind, einen Kollegen für die Zeit zu beherbergen, aber auch andere Parteigenossen werden um Angabe ihrer Adresse bei der Bantenzentrale, Hermann Wäger, Lindenstr. 3, gebeten.

Die „Vorwärts“-Ausgabe in Weihensee ist von Sedanstraße 88 verlegt nach Langhansstr. 2, Laden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Kinderschänder.

Weltere Verfahren wegen Sittlichkeitsvergehen in Potsdam.

Seit einiger Zeit häufen sich vor den Potsdamer Gerichten die Anklagen wegen verschiedener Sittlichkeitsdelikte in erschreckendem Maße. Unter dem Vorbehalt des Landgerichtspräsidenten Hartung fanden gestern vor dem Potsdamer Schöffengericht wieder zwei Verhandlungen statt, die allen Eltern zur Warnung dienen sollten. Angeklagt waren der 40jährige Kaufmann Walter Siegfried und der 20jährige Schmied Erich Petras, beide aus Potsdam, wegen Sittlichkeitsvergehens aus § 176 Abs. 3 StGB. Siegfried hatte in geradezu infamer Weise das Vertrauen einer ihm befreundeten Familie mißbraucht. Während er kinderlos verheiratet war, schloß er sich ihm die 11- und 12jährige Halbweifen, ein Knabe und ein Mädchen, der befreundeten Familie an. Sie nannten ihn Onkel, besuchten ihn, machten Ausflüge mit ihm, wurden von ihm mit Küchereien überschüttet. So ging das drei Jahre lang zwischen Apfelsinen, Bonbons und Schokolade. Die Mutter, anscheinlich gebunden zu machen, fand nichts dabei, ebenso die eigene Frau. In diesen drei Jahren hat S. mit den Kindern ein geheimes Dreibettleben geführt, wie es auch nicht nur andeutungsweise wiedergegeben werden kann. Systematisch hat er die Geschwister in raffiniertester Weise verdorben. Der als Sachverständige geladene Psychiater Dr. Magnus Hirschfeld-Berlin führte in seinem Gutachten aus, daß der Angeklagte für seine trauhaften Reigungen die günstigste Gelegenheit gehabt habe. Seine Hemmungen haben den Darbietungen nicht widerstehen können. Der Angeklagte wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. — Der zweite Angeklagte sah in Potsdam bei einem Eisfest auf dem Heiligensee nach Eintritt der Dunkelheit zwei Schülerinnen sich herumtummeln. Er erbot sich zum Abschaffen der Schlittschuhe, und bei dieser Gelegenheit verging er sich an den Kindern, trotzdem er erst drei Tage vorher eine Strafe wegen einer ähnlichen Sache verbüßt hatte. Am Tage darauf wurde ein 10jähriger Quertonier im Park von Samsouci an einer abgelegenen Stelle das Opfer seiner Reigungen. Das Gericht verurteilte Petras zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Der „Sumpf“ in Mörz.

Eine plötzliche Revision des Schlachthofes in Mörz in der Rheinprovinz hat Zustände ergeben, die jeder Beschreibung spotten und nicht unähnlich jenen sind, wie sie Upton Sinclair in seinem berühmten Roman „Der Sumpf“ über die Chicagoer Schlachthäuser beschrieben hat. Der Kessel, in dem die geschlachteten Schweine abgekühlt werden, war mehrere Tage lang mit altem Wasser gefüllt, das einen ekelhaften Geruch verbreitete, trotzdem war die Gasheizung wieder in Betrieb gesetzt, um das Wasser zum neuen Abkühlen bereit zu machen. Die Temperatur im Kühlhaus war + 6 Grad Celsius, während sie + 2 Grad Celsius sein muß. In dem Kühlhaus war ein geschlachtetes Pferd, welches vollständig verdorben war, ebenso Schweinefleisch und ein großer Hühnerbestand, der mit Maden vollständig durchsetzt war. Eine Anzahl Schweine waren von Ratten bis auf die Knochen aufgefressen. Die Bevölkerung von Mörz war schon lange bekannt, daß die Verhältnisse auf dem Schlachthofe nicht ganz in Ordnung waren; deshalb ist auch die plötzliche Revision vorgenommen worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Am Freitag, den 6. Juni, abds. 7 1/2 Uhr: Funktionärskonferenz bei Schulz, Köpcke, Str. 27. Elternbeiräte der Schulen Petersburger Str. 4, Köpcke Str. 4, Köpcke Str. 27 und Strömannstraße sind besonders eingeladen.

Jugendveranstaltungen.

Abendkinder am Bezirksfesten - Oberkölze und Köpcke sind eingeladen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Personalabbau bei der Reichsbahn.

Ueber den Umfang des Personalabbaues bei der Eisenbahnverwaltung erfährt die Oca, daß von 426 000 Beamten 88 336 Beamte ausgeschieden sind. 30 252 traten zur Regel über, so daß sich gegenwärtig noch 307 318 Beamte im Dienste der Eisenbahn befinden. Von 580 000 Eisenbahnarbeitern sind 187 000 entlassen, so daß sich noch 393 000 Arbeiter im Dienste der Reichsbahn befinden.

Betriebsratswahlen im AEG-Konzern.

Bekanntlich steht der AEG-Konzern von allen Berliner Groß-Unternehmungen, bezüglich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeitnehmer, an erster Stelle. Bei allen Bewegungen, die von den freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen oder von der USPD-Fraktion geleitet wurden, haben sich die Arbeitnehmer des AEG-Konzerns als beifolgende Mannschaften erwiesen. Es kann deshalb nicht uninteressant sein, Einblick zu gewinnen in das zahlenmäßige Ergebnis der Betriebsratswahlen für das Geschäftsjahr 1924/25, nachdem nunmehr auch die Wahlen zum Gesamtbetriebsrat des AEG-Konzerns abgeschlossen sind.

Vorausgeschickt sei, daß die USPD-Arbeiterschaft (Arbeiter sowohl als Angestellte) Listen aufgestellt hat, welche nur freigewerkschaftlich organisierte Kandidaten aufwies, während die Kommunisten bei den Arbeitern alle mögliche Parteien und vor allen Dingen Unorganisierte benutzten, um überhaupt vollständige Kandidatenlisten für die Wahlen zu beschaffen zu können.

Das Ergebnis für die Arbeiter zu den Betriebsratswahlen war wie folgt:

USPD.	USPD.	USPD.	Christl.
80	72	1	1

Bei den Angestellten ist das Bild noch interessanter:

USPD.	USPD.	USPD.	Christl.
54	2	6	

Der nach den Flugblättern des Cobag „gänzlich tote USPD-Bund“ hat also es fertig gebracht, in seinem „Todeskampf“ eine neunmal größere Stimmenzahl aufzubringen, als der Halbkreuz-Bund mit dem nach einem Auspruch eines seiner Vertreter angeblich „die neue Zeit marschiert“. Selbst die Ehrenmitgliederschaft eines Ludendorff konnte nicht verhindern, daß diese sogenannten „nationalen“ Arbeitnehmer von den „Stichtrogen-Professoren“ hinauskomplimentiert wurden.

Das Resultat der Wahlen zum Gesamtbetriebsrat jedoch läßt erkennen, was es auf sich hat, wenn politisch und gewerkschaftlich Diszipliniertheit jede Vermischung mit anders Eingestellten oder gar Unorganisierten ablehnen. Die USPD-Liste erhielt nämlich, trotzdem die Wahlen für die Betriebsräte der Kommunisten-Liste eine Vorsprung von 12 Stimmen geschafften hatten, nunmehr genau die gleiche Anzahl Stimmen wie die Kommunisten. — Ein Beweis dafür, daß eine Anzahl kommunistischer Wähler zu den Betriebsratswahlen zum Gesamtbetriebsrat die USPD-Liste wählte.

Bei den Angestellten ergab die Wahl zunächst 7 von 8 Sitzen für die USPD-Liste, während um den achten Sitz das Los entscheiden mußte, das auch diesen Sitz noch der USPD-Liste verschaffte, so daß im Gesamtbetriebsrat überhaupt kein Schwarzweißrotter sitzt.

Diese Zahlen sollten auch diejenigen zum Nachdenken und zur Bestimmung bringen, die auf Grund des kommunistischen und des immer immer verbundenen halbkreuzerischen Trommelfeuers glaubten, an der USPD und der freigewerkschaftlichen Sache ihre werden zu sollen.

Rundgebung der Wiener Arbeiterschaft.

Gestern nachmittag fand ein Empfang der Delegierten des Internationalen Gewerkschaftskongresses durch Bürgermeister Seih im Rathaus statt. Nachher begaben sich die Teilnehmer des Kongresses und die der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale zum Parlament, wo der republikanische Schutzbund und die Wiener Arbeiterschaft in einem Massenaufgebot vorbeimarschierten. Die Rundgebung verlief ohne Zwischenfall.

Internationale Arbeiterinnenkonferenz.

(USPD.) Am Sonnabend, den 31. Mai, tagte im Gebäude der Oesterreichischen Gewerkschaftskommission die vom IGB einberufene internationale Arbeiterinnenkonferenz.

Es waren vertreten die Landeszentralen von Belgien, England, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Deutschland und Oesterreich durch 44 Delegierte. Den Vorsitz führte als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes Johann Sassenbach. Zur Präsidentin wurde Genossin Anna Boschet gewählt.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Auf welche Weise können die Arbeiterinnen am besten den Gewerkschaften zugeführt werden?
2. Die Stellung der gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Internationalen Arbeiterinnenbund.

Die offizielle Referentin Miss Edith Macdonald, Vertreterin der englischen Gewerkschaften, hofft, daß die Konferenz positive Vorschläge für eine Kampagne zugunsten des internationalen Zusammenschlusses und des gewerkschaftlichen Ausbaues der Frauenorganisation machen werde. Sie erwartet von einer ständigen beratenden Körperschaft stimulierende Wirkungen für die Arbeiterinnenbewegung der einzelnen Länder, erklärt sich jedoch gegen die separatistische Organisationsform.

Genossin Hanna (Deutschland) tritt für die deutsche Auffassung der Einheitsorganisation ein, hat aber nichts gegen die Abhaltung spezieller Arbeiterinnenkonferenzen. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, zusammengesetzt aus Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen und des Internationalen Arbeiterinnenbundes, die am 31. Mai 1924 in Wien tagt, nimmt Kenntnis von der Erklärung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, daß dieses bereit ist,

1. Nach Bedarf eventuell vor dem Zweijahrestag des IGB eine Arbeiterinnenkonferenz einzuberufen;
2. die Frage der Aufstellung eines Arbeiterinnenamtebes, das mit dem IGB zusammenarbeiten soll, zu prüfen und diesbezügliche Richtlinien auszuwerfen;
3. die Anstellung einer besonderen Sekretärin für die Propaganda unter den Frauen späterhin in Erwägung zu ziehen.

Die Delegierten der Arbeiterinnenkonferenz nehmen die aus den einzelnen Ländern erstatteten Berichte zur Kenntnis und versprechen, ihrer Organisation davon Mitteilung zu machen. Sie erklären es für ihre Pflicht, sich in ihrem Lande eifrig für die Agitation unter den Arbeiterinnen einzusetzen.

Genossin Boschet konstatierte zum Schluß mit Befriedigung, daß keine Mißverständnisse beseitigt wurden und sich alle Kongreßteilnehmer im Prinzip für die einheitsliche Organisation beider Geschlechter ausgesprochen. Ueber die Hauptfrage, die die Konferenz beschäftigt hat, werden sich die Länder selbst an Hand der Resolution auszusprechen haben. Sassenbach ver sprach die Unterstützung des IGB bezüglich der gemachten Vorschläge.

Verantwortlich für Volltext: Graf Kratzer; Wirtschaft: Ernst Schwenker; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Korb; Redaktion: Dr. John Schifano; Anzeigen und Buchpreis: Fritz Korb; Anzeigen: Dr. Giese; Druck: Schmidt in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6. Lindenstraße 8.

ALLE LESER DIESER ZEITUNG MÜSSEN WISSEN

daß sie ihren Bedarf in wirklich gediegener Herren-Kleidung nirgends besser und preiswerter kaufen können als bei der am hiesigen Platze bestrenommierten Firma

Carl Zobel, so., Köpenicker Str. 121 Ecke Michaelkirchstraße

- Sacco-Anzüge von Mk. 33.— an
- Sport-Anzüge von Mk. 36.— an
- Frühjahrmäntel von Mk. 45.— an
- Einmaliger Versuch führt unbedingt zu dauernder Kundschaft
- Sommerpaletots von Mk. 35.— an
- Regenmäntel von Mk. 19.— an
- Gestreifte Hosen von Mk. 5.50 an

Walter
plötzlich verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen
Walter Haase, Buchstr. 5.
Einschließung Sonnabend, den 7. 6.
norm. 10 Uhr, Krematorium Gr. d. Str.

Strumpfwaren u. Trikotagen
in Qualitätsware, große Auswahl
zu billigsten Preisen. Kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
a. d. Weichselstraße.
Vorzeiger dieses Inserats 8% Rabatt.

Volkskleidung!
Hosen
für Sport, Beruf und Straße.
Manchetter-Anzüge.
Coden- und Gummiartikel.
Nägel für Herren u. Knaben.
Senden Sie 50 Cent an Unterpost.
für eine tolle Ware, billige Preise.

Berufskleidung!
Gerhard Kohnen
Neukölln
Hermannstr. 75-77.

Schokoladen
in großer Auswahl!
Billige Bezugsquelle für
Kantinen und Wiederver-
käufer.

Paul Grindel,
Dircksenstr. 47, Ecke Köpcke Str.
Der billigste
Kupeeckoffer der Welt
Internat. geschützt Warenzeichen der
Irene H. Latz, Berlin N., Monbijoupl. 4.
Reg. 1817. Gr. 65x44x16 cm = 7,50 M.

Läuferstoffe • Teppiche
in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken
Linoleum als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche
in großer Auswahl
Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen
Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten
G. Bargende, Charlottenburg
Windscheidstr. 11 (Ecke Postallee) | Wilmersdorfer Str. 79 (Nähe Nordfriedhof)
Fernsprecher: Wilhelm 2750 | Fernsprecher: Steinplatz 4194

Hosen
Außerordentlich preiswerte Angebote bei größter Auswahl, alle Längen u. Weiten vorrätig; einige Beispiele:
Engl. Lederhosen 8.— 7.50 6.50
Manchesterhosen, lang 21.— 16.— 13.50
Gestreifte Hosen 8.75 7.75 6.50
Breite für Maß 22.— 16.— 13.—
Bauchhosen für starke Herren 11.50 8.—
Breches in Stoff, Cord und Manchester, dazu Stutzen und Ledergürtel, Knaben- und Jünglings-Wasch- und Stoffanzüge und einzelne Hosen in allen Größen. Wasch- und Lodenjoppen, Luster-Jackets, Windjacken, Herren- und Burschen-Manchester-Sportanzüge, blaue Arbeitsanzüge, Mechaniker- und Materialkittel, Maurerjacken und -Hosen, Maurersocken.
Münster-Blasbacher **Hosen-Zentrale, NW. 87, 39 Geusselstr. 39, am Ringbahnhof Beusselstraße**
Fahrgeldvergütung

Fritz Reimann
Königsplatz, Reichthorstr. 33
die billigste Bezugsquelle für
Latz - Mäntel
Mäntelhoffe javan. Nord.
2. Geschäft: Anzengruber-Str. 27
wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und
billig!

Gardinen
Sonderangebote • Gelagert. - Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und
Kassiergardinen.
Special-Gardinenverkauf
Neukölln, Bergstr. 57
am Ringbahnhof.

Dezimalwagen
Fahrlager, Gewichte,
Mittels Post. Jedes Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Köpenicker Str. 71
Köpenicker Str. 71

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. am Ringbahnhof

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an,
Schuppen, Hallen, Ge-
räte etc. liefert preis-
wertest kürzest
Felthausbau Littmann
H. 54, Lützowstraße 51/53
Berlin 1010/21

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

DER NEUE FRAUENWELT-ROMAN BEGINNT VERSÄUMT IHN NICHT
Wartie Andern Kero
hält ab Heft 8 (7. Juni) alle Leserinnen der
Frauenwelt
mit seinem „Lotterieschweden“
in Spannung
BESTELLSCHEIN
An _____ Ich bestelle die Frauenwelt
Name _____ Straße _____
Dem Zeitungsboten mitzugeben